

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 3, 2021

1. Niedersachsen

1.1. Göttingen: DITIB-Landesverband distanziert sich von ehemaligem Vorsitzenden Keskin

Nach dem Rücktritt des ehemaligen Vorsitzenden der Göttinger DITIB-Moschee (s. Mitteilungen 2/2021, S. 1) hat sich der DITIB-Landesverband Niedersachsen-Bremen mit deutlichen Worten von dessen antisemitischen Äußerungen distanziert.

„In Göttingen wurde eine Grenze überschritten, und das Fehlverhalten ist in keiner Weise zu rechtfertigen“, sagte der Vorsitzende des Landesverbands, Ali Ünlü, der Zeitung „Die Welt“. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werde in den Reihen der DITIB nicht geduldet. „Was ihn geritten hat, kann ich jetzt nicht beurteilen“, sagte die Geschäftsführerin des Landesverbands, Emine Oguz, dem NDR. Wichtig sei nun, „dass jetzt nicht nur wegen Herrn Keskin eine ganze Glaubensgemeinschaft in Verruf gerät“.

Ähnlich äußerte sich der DITIB-Bundesverband. „Keine der Postings und Meinungen des besagten Vorsitzenden kann auch nur ansatzweise eine Haltung wiedergeben, die bei einem DITIB-Funktionär Duldung finden könnte“, sagte Zekeriya Altug der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA). Es handle um „gravierende Verfehlungen“. Man werde den Vorgang genau untersuchen, „da es ja in diesem Fall keine einmalige Aktion, sondern mehrere Aktivitäten über einen längeren Zeitraum gegeben hat“.

Keskin selbst sagte der KNA, er habe keine antisemitische Einstellung. Die Postings richteten sich vor allem gegen die israelische Politik, die er auch weiterhin kritisiere. „Aber ich würde niemals sagen, dass der Holocaust eine Lüge war.“ Mit dem Bild von Papst Franziskus habe er die Aussage des Papstes zu den Armeniern kritisieren wollen. „Ob dieser Post dazu der richtige Weg war, hätte man vielleicht besser überlegen sollen“, so Keskin ([mehr](#)).

Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft Göttingen Ermittlungen aufgenommen. Mustafa Keskin werde Volksverhetzung „durch antisemitische Propaganda“ vorgeworfen, sagte Oberstaatsanwalt Andreas Buick dem NDR. Keskin selbst äußerte sich nicht weiter. Auf mehrfache Anfragen des NDR reagierte er nicht. Auch die DITIB-Gemeinde Göttingen war bisher nicht zu einer Stellungnahme bereit ([mehr](#)).

1.2. Landesjugendring lehnt Aufnahme der DITIB-Jugend ab, massiver Streit um Rassismus

Der Landesjugendring Niedersachsen (LJR) hat den Antrag der DITIB-Jugend auf Vollmitgliedschaft abgelehnt. Zugleich zog der Jugendverband „Young Schura“ (s. Mitteilungen 12/2020, S. 1) einen Antrag auf Mitgliedschaft zurück. Im Zuge des Streits erklärte der Bund der Deutschen Katholischen Jugend in Niedersachsen, er werde sich „unbefristet“ aus der aktiven Mitarbeit im Landesjugendring zurückziehen.

Der Streit steht im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Göttinger DITIB-Vorsitzenden Mustafa Keskin (s. 1.1.). In Vorbereitung auf die LJR-Versammlung hatten sich die Göttinger Falken intensiver mit der DITIB-Jugend und ihrem Dachverband beschäftigt. Dabei stießen sie auf antisemitische und verschwörungstheoretische Posts. Auch in den Profilen von Vorstandsmitgliedern der DITIB-Jugend fanden sie „Symbole der Grauen Wölfe, antiisraelische Posts“ und Ähnliches mehr. Die Falken schlossen daraus, dass es innerhalb der DITIB ein Milieu gebe, „in dem rechte und antisemitische Positionen ‚ganz normal‘ sind.“ Entsprechend empfahlen sie dem Landesverband, „sich gegen die Aufnahme der DITIB-Jugend auszusprechen und auch andere Verbände darüber zu informieren“ ([mehr](#)).

Auch weitere Jugendverbände hätten Bedenken gegen eine Aufnahme der DITIB-Jugend geäußert, sagte LVR-Geschäftsführer Björn Bertram der „Tageszeitung“. In diesem Zusammenhang sei auch die Young Schura in den Fokus geraten. Etliche Papiere und Gegenpapiere seien im Vorfeld des LJR-Treffens hin und her geschickt worden. „Es war sehr unschön von allen Seiten“, sagte ein Mitglied der Göttinger Falken der taz ([mehr](#)).

Young Schura zog den Aufnahmeantrag daraufhin noch vor der Abstimmung über die Vollmitgliedschaft der DITIB-Jugend zurück. Die Wochen vor der Versammlung seien von einer unprofessionellen und suggestiven Kommunikation und von Diffamierungsversuchen geprägt gewesen: „Eine Aufforderung von Mitgliedsverbänden des Landesjugendringes, uns zu nationalistischen, nationalislamischen und antisemitischen Gruppierungen zu äußern, ist nichts anderes als ein Versuch, unseren Verein zu diffamieren und unter Verdacht stellen“, so Young Schura. Suggestiere dies doch, dass muslimische Jugendverbände per se ein „Problem“ mit Nationalismus und Antisemitismus hätten. „Die Diffamierung und Kriminalisierung von muslimischen Organisationen“ habe System. „Wir sind es leid, mit sicherheitspolitischen Geschehnissen und religiös-motiviertem Extremismus in Verbindung gebracht zu werden“ ([mehr](#)).

Der Antrag der Ditib-Jugend wurde schließlich abgelehnt. Für eine Aufnahme ist nach der Satzung des LVR eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. Es sprach sich aber nur etwas mehr als die Hälfte der Verbände dafür aus. Die Ditib-Jugend beklagte daraufhin, dass jungen Muslimen in Niedersachsen offiziell eine politische Partizipation verwehrt bleibe. „Der Prozess wurde mit der Zeit zunehmend unsachlich und persönlich“. Darüber hinaus hätten sich „zunehmend antimuslimische Tendenzen herauskristallisiert“.

Als Konsequenz aus dem Vorgang zog sich der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) aus dem Landesjugendring zurück. Die Diskussion, „bei der die Frage der Unabhängigkeit vom Erwachsenenverband in den Mittelpunkt gerückt wurde, hat mit medial verbreiteten, persönlichen Vorwürfen an einzelne Ehrenamtliche ohne die Möglichkeit der vorherigen Stellungnahme Grenzen überschritten. Dieses Vorgehen lehnen wir entschieden ab“, hieß es in einer Mitteilung ([mehr](#)).

Abgelehnt wurde der Antrag der Ditib-Jugend unter anderem vom alevitischen Jugendverband. Der Bundesverband der Alevitischen Jugend (BDAJ) hatte sich zuvor grundlegend zur Sache geäußert. Danach protestiere man „mit muslimischen Menschen gegen Alltagsrassismus und rassistische Gewalt“. Dies gelte jedoch nicht für „Vertreter_innen der großen Islamverbände oder ihrer Jugendstrukturen.“ Es könne nicht „unsere Aufgabe sein, rechtspopulistische, rechtsradikale und islamistische Lückenfüller in der Zivilgesellschaft zu akzeptieren, nur um einem abstrakten Ideal der ‚Vielfalt‘ Genüge zu tun oder sich vor vermeintlichen rassistischen Zuschreibungen zu schützen.“ Die Anerkennung von „antimuslimischem Rassismus als Problem darf nicht darauf hinauslaufen, muslimische Organisationen ohne jegliche inhaltliche Auseinandersetzung zu immunisieren.“

Der BDAJ rufe daher „alle (jugend-)politischen Akteur_innen dazu auf, ihre Zusammenarbeit mit Organisationen wie DITIB-Jugend und BDMJ, MJD und FEMYSO, Islamischer Jugend, IGMG und Young Schura, IGS-Jugend, sowie Organisationen und Jugendgruppen aus dem Umfeld der Gülen-Bewegung oder der Grauen Wölfe“ zu beenden oder Kooperationen erst gar nicht einzugehen. Die Zusammenarbeit mit den genannten Organisationen sei kein Ausdruck von Weltoffenheit oder Antirassismus, sondern unterstütze das Gegenteil ([mehr](#)).

Der Vorstand des Landesjugendrings erklärte, man bedauere die Vorgänge. Zugleich nehme man die „Vorwürfe der beiden Verbände, dass in der Diskussion rassistische oder antimuslimische Äußerungen gemacht wurden“, sehr ernst. Für Rassismus sei im LJR kein Platz. Die Vorwürfe müssten nun geklärt und aufgearbeitet werden.

Darüber hinaus werde in Kürze eine Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufnehmen, „die es zum Ziel hat, sich mit inhaltlichen Differenzen bei der Kooperation zwischen MJSOen (Migrant*innenjugendselbstorganisationen), VJMs (Vereinigungen junger Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte), VyPoC (Vereinigungen von young People of Color) und anderen Jugendverbänden, mit formalen Hürden und inhaltlichen Kriterien einer Mitgliedschaft im Landesjugendring und mit strukturellen Hürden für MJSOen, VJMs und VyPoC bei der formellen Anerkennung als Jugendverband auseinanderzusetzen.“ Der Vorstand hoffe sehr, dass auch die DITIB-Jugend und die Young Schura in dieser Arbeitsgruppe mitarbeiten werden ([mehr](#)). Ähnlich äußerte sich die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Niedersachsen.

1.3. Salafismus: Verwaltungsgericht Hannover weist Klagen auf Einbürgerung ab

Drei muslimische Männer können wegen Kontakten zu salafistischen Bewegungen nicht deutsche Staatsbürger werden. Mit dieser Begründung wies das Verwaltungsgericht Hannover zwei Klagen von Bewerbern um eine Einbürgerung ab. Ein dritter Kläger zog seine Klage zurück (Az: 10 A 2546/20, 10 A 964/20, 10 A 990/20).

In einem Fall hatte der Kläger in der Moschee des „Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim“ gepredigt. Die Moschee war 2017 vom niedersächsischen Innenministerium verboten und aufgelöst worden. Der Kläger gab an, er habe nur gelegentlich in der Moschee gepredigt, ohne sich dabei radikal zu äußern. Dem widersprach das Gericht. Durch die Predigten habe er dazu beigetragen, den Verein zu legitimieren. Außerdem habe er zum Kampf aufgerufen.

Der zweite Kläger war Mitglied des „Deutschsprachigen Islamkreises Hannover“ und Gründungsmitglied des 2017 gegründeten Vereins „Föderale islamische Union“. Er gab an, nichts von der salafistischen Zielrichtung dieser Vereine zu wissen. Vielmehr habe er nur handwerkliche Arbeiten ausgeführt. Auch dieser Argumentation folgte die Kammer nicht. Bei beiden Vereinen bestehe ein hinreichender Verdacht, dass sie sich wegen ihrer salafistischen Ausrichtung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richteten. Ein dritter Kläger aus dem Umfeld des „Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim“ zog seine Klage nach der Erörterung der Rechtslage in der mündlichen Verhandlung zurück. Er hatte die Moschee in Hildesheim zu Predigten besucht und an zwei mehrtägigen Seminaren teilgenommen ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

– Susanne Bei der Wieden wird Kirchenpräsidentin der Evangelisch-reformierten Kirche ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Irakreise des Papstes: Interreligiöse Begegnung und Gebet in Ur

Auf seiner Reise durch den Irak hat Papst Franziskus die antike Stadt Ur besucht, die als Heimat des biblischen Stammvaters Abrahams gilt. Bei einer interreligiösen Begegnung mit Muslimen, Eziden und Mandäern betonte er die Gemeinschaft der „Brüder und Schwestern verschiedener Religionen“ und verurteilte den religiös begründeten Extremismus. „Von diesem Quellort des Glaubens aus, vom Land unseres Vaters Abraham aus bekräftigen wir: Gott ist barmherzig und die größte Beleidigung und Lästerung ist es, seinen Namen zu entweihen, indem man den Bruder oder die Schwester hasst. Feindseligkeit, Extremismus und Gewalt entspringen nicht einer religiösen Seele – sie sind Verrat an der Religion. Und wir Gläubigen dürfen nicht schweigen, wenn der Terrorismus die Religion missbraucht“, so Franziskus. Im Anschluss an die Ansprache des Papstes fand ein gemeinsames „Gebet der Kinder Abrahams“ statt ([mehr](#)).

Ein weiterer Höhepunkt der Reise war ein Treffen mit dem höchsten schiitischen Geistlichen des Landes, Großajatollah Ali al-Sistani. Auch bei diesem als „privat“ bezeichneten Treffen in Nadschaf im Süd-Irak habe der Papst die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften unterstrichen, teilte der Vatikan mit. 2019 hatte Franziskus gemeinsam mit dem Großimam Ägyptens das Dokument „Die Brüderlichkeit aller Menschen – Für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“ herausgegeben ([hier](#)).

2.2. Was sonst noch war

- Frankreich: Streit um „Islam-Linke“ („Islam-Gauchisme“) ([mehr](#))
- Studie der „Group for Analyzing and Measuring Attitudes in Iran“: Nur 40 Prozent der Iraner verstehen sich als „muslimisch“ ([mehr](#))
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit: Buber-Rosenzweig-Medaille für den Regisseur der Oberammergauer Passionsspiele, Christian Stückl ([mehr](#)).

3. Veranstaltungen

3.1. Gottesbild und Sinn des Lebens – Was erwartet Gott von mir?

Veranstaltungsreihe: Bibel und Koran im Dialog

13. April 2021, 19–20.30 Uhr, Haus der Religionen, Hannover, online

Referenten: Hilal Al-Fahad, Wolfgang Reinbold, Hannover ([mehr](#)).

3.2. Gebet – wie rede ich mit Gott?

Veranstaltungsreihe: Bibel und Koran im Dialog

18. Mai 2021, 19–20.30 Uhr, Haus der Religionen, Hannover, online

Referenten: Hilal Al-Fahad, Wolfgang Reinbold, Hannover ([mehr](#)).

4. Video

Wohlfahrt auf islamisch

Religionen im Gespräch

Gast: Adeel Shad, An Nusrat e.V., Frankfurt am Main

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

U. Bechmann, Abraham und die Anderen. Kritische Untersuchung zur Abraham-Chiffre im interreligiösen Dialog, Berlin 2019

Chr. Espelage/H. Mohagheghi/M. Schober (Hg.), Interreligiöse Öffnung durch Begegnung. Grundlagen – Erfahrungen – Perspektiven im Kontext des christlich-islamischen Dialogs, Hildesheim 2021; darin u.a.: H. Mohagheghi, Impulse für das interreligiöse Begegnungslernen aus dem Koran und der Tradition; W. Reinbold, Interreligiöse Begegnungen: kein Allheilmittel, aber unverzichtbar; M. Schober, Interreligiöse Öffnung als ein Beitrag zu einer Gesellschaft der Vielfalt – ein Resümee in Thesen ([hier](#)).

Hannover, den 26.3.2021

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.